

# Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Juni 2020

## OLAF SCHOLZ: ENTSCHULDUNG DER KOMMUNEN, ZWEITER ANLAUF

**Also jetzt noch einmal: Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) will den unter den Altschulden erstickenden Kommunen und den unter den finanziellen Belastungen der Coronavirus-Krise leidenden Kommunen helfen. Er will einen finanziellen „Rettungsschirm“ für Städte, Kreise und Gemeinden mit bis zu 57 Milliarden Euro bestücken, je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern bezahlt. Er greift damit einen früheren Vorschlag von ihm auf (siehe den entsprechenden Artikel in der Februar 2020-Ausgabe der „Dorfschell“), jetzt allerdings vor dem Hintergrund der besonderen finanziellen Belastungen der Kommunen durch die Coronavirus-Krise.**

Bei diesem Vorschlag von Olaf Scholz muss man zwischen den **Altschulden** der Kommunen und den **durch das Coronavirus bedingten höheren Kosten und insbesondere höheren Steuereinnahmeausfällen (Gewerbsteuer)** unterscheiden. Wenn Olaf Scholz den Coronavirus-bedingten Ausfall der Gewerbesteuer mit 12 Milliarden € berechnet, kann man von einer bundesweiten Altschulden Belastung der Kommunen von ca. 45 Milliarden € ausgehen. Dies sind Beträge, die die betreffenden Kommunen aus eigener Kraft niemals werden ausgleichen können. Und dabei sind weitergehende finanzielle Verschlechterungen durch die Coronavirus-Krise noch gar nicht berücksichtigt.

Kritik an den Scholz'schen Vorschlägen kommt insbesondere aus den Bundesländern, deren Kommunen bisher kaum oder gar keine Verschuldung zu tragen haben, ganz besonders aus **Bayern, Baden-Württemberg und Hessen**. Diese Kritik ist auch, soweit sie die Haftung für kommunale Altschulden betrifft nachvollziehbar. Diese drei Länder und auch noch andere Bundesländer haben in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass ihre Kommunen mehr oder weniger schuldenfrei davongekommen sind. Dabei geht es vor allem um Schulden aus **Liquiditätskrediten**, früher Kassenkredite genannt. Denn diese wurden mehr und mehr für alle Kommunen nötig, denen ihre Bundesländer nicht genügend unter die Arme griffen, um den laufenden Verwaltungsbetrieb zu finanzieren. Die Bundesländer, die diese finanzielle Pflicht gegenüber

den Kommunen getan oder überwiegend getan haben, haben das ihnen auferlegte in der Vergangenheit geschafft. Warum sollen sie jetzt - hauptsächlich für Kommunen anderer Bundesländer- „mitverhaftet“ werden? **Eine solche Regelung wäre ungerecht und bestrafe die Pflichtbewussten!**

Anders sieht es bei den Bundesländern aus, die bisher ihren finanziellen Pflichten gegenüber ihren Kommunen vernachlässigt haben. Dies sind zuallererst **Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland**. Von diesen Ländern kann der Hälfteanteil an der Sanierungsfinanzierung verlangt werden, denn sie haben in der Vergangenheit auf Kosten ihrer Kommunen gelebt. Wenn die weit überwiegende Zahl der insgesamt 2250 finanziell notleidenden Kommunen in diesen drei Ländern beheimatet ist, dann ist das für diese Länder sicherlich sehr schwierig, aber **nicht ungerecht**.

Da man aber bekanntermaßen „das Kind nicht mit dem Bade ausschütten darf“, wird man eine leistbare Lösung suchen müssen. Das kann ein höherer Bundeszuschuss sein, das kann aber auch eine zeitliche Streckung des Sanierungsaufwands sein, aber nicht bis zur Unkenntlichkeit des Programms oder gar eine Verschiebung auf den berüchtigten „Sankt-Nimmerleinstag“. Ein Eigenanteil der Kommunen am Sanierungsaufwand ist auch vertretbar.

Anders sieht es bei den finanziellen kommunalen Belastungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie aus. Sie sind neu und unverschuldet

über die Kommunen gekommen und zwar bundesweit. Olaf Scholz berechnet sie mit 12 Milliarden €, also zwar deutlich niedriger als die Summe der Altschulden, aber dennoch beachtlich. Hier ist eine finanzielle Mitverantwortung aller Bundesländer angezeigt, denn es hat im Prinzip alle Kommunen in allen Bundesländern betroffen. **Deshalb ist es auch berechtigt, diese Kosten gleichmäßig auf alle Bundesländer, natürlich entsprechend ihrer Größe, zu verteilen.** Von diesen zwölf Milliarden tragen der Bund und die Bundesländer jeweils sechs Milliarden €.

**Fazit:** Es ist absolut notwendig, seitens des Bundes und der Bundesländer die Kommunen von ihren Altschulden und den Coronavirus-

bedingten Schulden zu entlasten. Denn tun wir das nicht, gehen die Kommunen „vor die Hunde“. Um es in einem Bild auszudrücken: **Beim Militär nutzen die beste Bewaffnung, die große Tapferkeit der Soldaten, die beste Militärstrategie nichts, wenn man keine Munition zum Verschießen hat.**

**Aber:** Wir müssen unterscheiden zwischen Altschulden und Coronavirus-bedingten Schulden, insoweit die Bundesländer in Anspruch genommen werden. Tut man das aber, so kann man die Kommunen, das Rückgrat unseres demokratischen Staates, retten.

**Insoweit sei Olaf Scholz für seine Initiative zugunsten der Kommunen in Deutschland Dank und Anerkennung!**

## NEUES AUS OLSBRÜCKEN

**Auch in Zeiten der Corona bedingten starken Verlangsamung des politischen und gesellschaftlichen Lebens tut sich Erfreuliches in Olsbrücken.**

Vorneweg kommt jetzt Leben und Aktivität in die Gestaltung des **Mehrgenerationenplatzes in der Ortsmitte von Olsbrücken**. Die Genehmigung für die Errichtung des **Kleinkinderspielplatzes** dort liegt -endlich- vor. Ein langer, mühsamer Verwaltungsweg ist damit insoweit abgeschlossen. Die Arbeiten können jetzt beginnen. Zu diesem Zweck ist der Mehrgenerationenplatz ab dem 25. Mai 2020 gesperrt worden. Zunächst werden die für den Bau des Spielplatzes notwendigen Erdbewegungen erledigt. Sodann wird der Zaun gestellt werden. Die dafür benötigten Pfosten sind vorhanden und auch schon gestrichen. Es haben sich auch dankenswerterweise freiwillige Helfer gefunden, um den Zaun aufzubauen. Im Anschluss daran wird die **Sitzgruppe** für die Erwachsenen, die die Kinder auf dem Spielplatz im Auge behalten, installiert. Für alle mit diesen Maßnahmen verbundenen Kosten haben sich Spender gefunden, denen für ihr großes soziales und bürgerschaftliches Engagement an dieser Stelle herzlich gedankt werden soll.

Fernerhin werden auf den für die Errichtung der **Parkplätze zur Wörsbacher Straße hin auf dem Mehrgenerationenplatz** benötigten Flächen Schotter eingebaut sowie die weißen Markierungen aufgebracht.

Als nächstes sollen die **Spielgeräte** aufgestellt werden. Für den Ankauf dieser Geräte sucht Ortsbürgermeister Walter Schneck noch Sponsoren und hofft auf großzügige Mithilfe.

Des Weiteren nähert sich ein schon jahrelang andauerndes Projekt langsam seiner Verwirklichung: **das Repowering (Vergrößerung/ Leistungsverstär-**

**kung) des Windrades**. Sage und schreibe etwa sechs Jahre ist es her, seitdem man sich bemühte, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen. Nunmehr zeichnet sich ab, dass demnächst alle nötigen Voraussetzungen geschaffen sein werden, um in die – auch bauliche – Umsetzung zu gehen. Olsbrücken liefert damit durch die Gewinnung deutlich höherer Strommengen einen beachtlichen Beitrag zum Klimaschutz. Denn der durch Windkraft gewonnenen Strom ist sauber, nachhaltig und „grün“. Außerdem profitiert die Ortsgemeindekasse erheblich von den von dem Betreiber zu zahlenden Gebühren und Abgaben. Dieses Geld kann Olsbrücken in seiner finanziellen Bedrängnis gut gebrauchen.

Der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach hatte in seiner Onlinevorstandssitzung -Online: geschuldet der aktuellen Coronavirus-Situation- einhellig beschlossen, sich für die Weiterführung der Coronahilfsgruppe über die Coronazeit hinaus stark zu machen. Auf entsprechende Nachfrage erklärten Ortsbürgermeister Walter Schneck und Ortsbeigeordneter Thorsten Haferanke übereinstimmend, es sei auch ihrer Meinung nach wichtig, die Gruppe für längere Zeit zu behalten. Sie sei in der jüngeren Vergangenheit durchaus in Anspruch genommen worden und werde auch in späterer Zeit benötigt. Die Bürgerinnen und Bürger hätten somit die Gewissheit, dass immer jemand bereit stünde, ihnen zu helfen. Sie seien zuversichtlich, dass sich genügend Helferinnen und Helfer fänden, die bereit wären weiterzumachen.

## FRANKELBACH: CORONA-HILFSGRUPPE SOLL WEITER BESTEHEN

In seiner Vorstandssitzung, die aufgrund der aktuellen Situation online stattfand, hatte sich der SPD Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach einhellig dafür ausgesprochen, zu erwägen, die in Olsbrücken und Frankelbach gegründeten Hilfsgruppen auch nach Abklingen der Akutphase der Corona-Pandemie zu erhalten. Auf Nachfrage erklärte **Bianca Eser**, die Koordinatorin der Hilfsgruppe in Frankelbach, man beabsichtige, diese Hilfsgruppe, die erfreulicherweise zurzeit aus zwölf Personen bestehe, bis auf weiteres beizubehalten. Allerdings sei sie bisher nur wenig in Anspruch genommen wor-

den.

Glücklicherweise gebe es in Frankelbach noch ein funktionierendes verwandtschaftliches und nachbarschaftliches Hilfssystem, so dass weitere Unterstützung durch Dritte nur wenig benötigt werde. Dennoch wolle man die Hilfsgruppe, mit wieviel Personen auch immer, beibehalten, weil sie für die Zukunft aus den verschiedensten Gründen noch wertvoll werden könne. Auf jeden Fall sei es ihr Anliegen, sich bei den Gruppenmitgliedern für ihr soziales und mitmenschliches Engagement zu bedanken.

## HOMEOFFICE: EINE CHANCE ODER EIN TRUGSCHLUSS?

In der Zeit des „Lockdown“ (Herabfahren des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft) innerhalb der Coronavirus-Krise ist es vermehrt zum beruflichen Arbeiten von zuhause aus, sog. Homeoffice, gekommen. Beim Homeoffice verbindet sich der Mitarbeiter über einen in seinem Haus, seiner Wohnung stehenden Computer mit dem Netzwerk seines Arbeitgebers, holt sich von dort die benötigten Daten und speist seine Arbeit in das Netzwerk seines Arbeitgebers wieder ein. Nach einer Umfrage des Bayrischen Forschungsinstituts für digitale Transformation (bidt) arbeiten während der Krise 43 Prozent der Befragten (1595 Menschen aus der Gruppe der berufstätig Internet Nutzenden) zumindest ab und zu im Homeoffice. Von diesen sind 83 Prozent mit den Arbeitsbedingungen zufrieden und rund 68 Prozent wünschen sich auch **nach** der Krise mehr Homeoffice als zuvor.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD), im Herbst 2020 dem Bundeskabinett einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach Arbeitnehmer grundsätzlich ein Recht auf Homeoffice haben sollen. Einzelheiten der beabsichtigten gesetzlichen Regelungen liegen aber noch nicht vor.

Es stellt sich also die Frage, ist Homeoffice wirklich erstrebenswert und ist es ein zukünftig sinnvoller Arbeitsweg? Dabei gibt es, wie nicht anders zu erwarten, Gründe dafür und Gründe dagegen.

**1.**Für so manchen ist die Möglichkeit zur Arbeit innerhalb der eigenen vier Wände angenehm, da sich Arbeit und Familienbetreuung besser miteinander verbinden lassen als die tägliche vielstündige Heimabwesenheit. Außerdem hat man ein deutlich besseres Zeiteinteilungsvermögen als in den Betriebsräumen.

Dem steht die Erfahrung aus der Zeit der Coronavirus-Krise entgegen, wonach viele Eltern eine ungeheure Mehrbelastung durch die Verbindung von Arbeit, Kinderbetreuung, Helfen bei den Schulauf-

gaben erlitten haben. Dem muss man aber entgegenhalten, dass in der Nachcoronazeit die Kinder wieder in der Kita oder der Schule sein werden, so dass die Belastung deutlich geringer sein wird als während der Corona-Pandemie.

**2.**Homeoffice hat für den Arbeitgeber den Vorteil, in seinem Betriebsbereich Arbeitsplätze nebst Ausstattung verringern zu können. Zwar wird man beim Homeoffice nicht jeden Arbeitsplatz streichen können, weil derjenige, der zuhause arbeitet, auch hin und wieder an seinen Platz im Betrieb zurückkommen muss. Doch gesamt betrachtet werden sich bei entsprechender Organisation Einsparungen nennenswerter Art ermöglichen lassen.

Dem steht entgegen, dass der Arbeitgeber den Homeofficeplatz ausstatten muss, z.B. mit Computer, ggfs. Netzzugang.

Unter dem Strich werden sich die Kosten wohl zumindest ausgleichen; Genauer wird man aber erst nach Einführung von Homeoffice in größerem Umfang wissen.

**3.**Beim Homeoffice erspart der Arbeitnehmer die Hin- und Rückfahrt zum Arbeitsplatz. Das bedeutet für ihn Kostenersparnis und Zeitgewinn. Außerdem schon es durch die Abgasverringerung die Umwelt, entlastet die Verkehrsströme und spart Bau- und Sanierungsaufwand bei den Verkehrswegen ein.

Nachteilig wird sich das Fehlen oder Vermindern der sozialen Kontakte zu den Kollegen am Arbeitsplatz oder der fehlende Stadtgang in der Mittagspause oder nach Dienstschluss auswirken.

**4.**Eine gewisse Präsenz am innerbetrieblichen Arbeitsplatz wird nach wie vor nötig sein, um an Teambesprechungen teilzunehmen, um den ein oder anderen Publikumskontakt zu haben, um den kollegialen Wissensaustausch zu ermöglichen, wobei insbesondere letzteres im Homeoffice online nur begrenzt möglich ist.

**5.**Ein Problem ist nicht zu beseitigen: **Homeoffice ist für so manche Berufsgruppe schlichtweg nicht**

**möglich.** Straßenbauer, Fabrikarbeiter, viele Handwerker und viele andere müssen berufsbedingt ihre Arbeit vor Ort leisten. So entsteht eine gewisse Ungleichheit zwischen den einzelnen Berufsgruppen. Da dieses zwangsläufig auf die jeweiligen Berufsbilder zurückzuführen ist, muss man dies einfach hinnehmen. **Ungleiches muss ungleich behandelt werden und kann nicht gleichgestaltet werden.**

6. Etwas anders sieht es bei der sog. „innerbetrieblichen Differenzierung“ aus; d.h., nicht jede Mitarbeiterin/nicht jeder Mitarbeiter kann ins Homeoffice. Insbesondere diejenigen, die eine Position mit regelmäßig viel Publikumsverkehr haben, sind an den Arbeitsplatz im Unternehmen gebunden. Wenn also bestimmte Personen nicht ins Homeoffice können, aber andere wohl, dann kann das innerhalb der Belegschaft zu Missstimmung oder gar Neid führen, was dem Betriebsklima erheblich schaden kann.

Um eine solche für den Betrieb schädliche Situation zu vermeiden, muss der Arbeitgeber im Zuge seiner Organisationsgewalt zu Wechseln an den jeweiligen Arbeitsplätzen kommen, damit jeder, zumindest nahezu jeder, in die Möglichkeit des

Homeoffice gelangen kann. Das ist für den Arbeitgeber in aller Regel leistbar und zumutbar.

7. Beim Homeoffice kann es zur Überprüfung des häuslichen Arbeitsplatzes durch die Berufsgenossenschaft kommen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass der Homeofficearbeitsplatz den Arbeitsschutzbestimmungen entspricht. Das kann im Einzelfall unangenehm sein und auch negative Konsequenzen in Form von Rügen und Beanstandungen haben. Allerdings kann man davon ausgehen, dass die Berufsgenossenschaft mangels Personal und Zeit nur stichprobenartig vorgehen können, so dass die meisten im Homeoffice Arbeitenden nicht betroffen sein werden.

**Fazit: Im Wesentlichen enthält die Möglichkeit zur Heimarbeit mehr Vorteile als Nachteile. Allerdings hat man noch keine Erfahrungen im größeren Umfang. Deshalb wäre erwägenswert, bevor man per Gesetz einen Rechtsanspruch auf Homeoffice festschreibt, erstmal weit angelegte Pilotprojekte zu starten und diese wissenschaftlich begleiten zu lassen. Dabei sollte man einen überschaubaren Zeitrahmen vorgeben, damit das Projekt nicht „in der Schublade“ verschwindet.**

## IN EIGENER SACHE: spd-of.de

Der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach informiert Sie seit Jahren über das örtliche und politische Geschehen in Olsbrücken und Frankelbach, aber auch über die wichtigsten gesellschaftlichen Prozesse (wie z.B. Sozialfragen, Klimawandel, Migration). Es ist unser Ziel und Bemühen, Ihnen die entsprechenden Informationen so schnell und so genau wie möglich zu geben. Neben den Mitteilungen durch unsere Repräsentanten aus den Ortsgemeinderäten in Olsbrücken und Frankelbach ist die „Dorfschell“ unser Kommunikations- und Informationsmittel. Diese Zeitung hat sich nunmehr über viele Jahre bewährt und ist ein zuverlässiger Begleiter bei unserem Informationsbemühen.

Mittlerweile zeigt sich aber, dass die Informationsmenge ständig größer wird. Wir stoßen jetzt mit unserer „Dorfschell“ an Grenzen. Denn die „Dorfschell“ erscheint sechsmal im Jahr, alle zwei Monate, und hat einen Umfang -in aller Regel- von vier DIN-A-4-Seiten. Zumindest zurzeit ist der SPD-Ortsverein aus organisatorischen Gründen nicht in der Lage, diese Kapazitäten nennenswert auszubauen. Da wir aber Ihnen so viel Nachrichten wie möglich zukommen lassen wollen, haben wir uns zu einem weitergehenden Weg entschieden: **Wir werden Ihnen -und haben es auch schon getan- wei-**

**tere Nachrichten und Informationen verstärkt auf unserer Ortsvereinswebseite anbieten.** Sie brauchen lediglich -am besten kontinuierlich- unsere Webseite aufrufen, um an diese Nachrichten und Informationen heranzukommen. Dafür müssen Sie sich nur unsere Web-Seiten-Adresse notieren und merken.

Sie lautet: **spd-of.de**

Wir empfehlen Ihnen sehr, unser Angebot anzunehmen. Sie sind dann immer gut informiert und Sie sind nachrichten- und informationsmäßig stets im Vorteil.

### **IMPRESSUM:**

**Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.**

**Auflage dieser Ausgabe: 650**

**Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)**